



Sozialdemokratische Partei des Kantons Bern

Monbijoustr. 61, Postfach 1096, 3000 Bern 23, Tel. 031 370 07 80, Fax 031 370 07 81
E-mail: sekretariat@sp-be.ch, www.sp-be.ch

Erziehungsdirektion des Kantons Bern
Generalsekretariat
Abteilung Bildungsplanung und Evaluation
Sulgeneckstrasse 70
3005 Bern

Bern, 23. Februar 2009

Bildungsstrategie 2009; Vernehmlassungsantwort

Sehr geehrter Herr Erziehungsdirektor
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Gelegenheit, zur Bildungsstrategie 2009 Stellung nehmen zu dürfen und nehmen diese gerne wahr.

Bildungspolitische Herausforderungen

Sind Ihrer Meinung nach die wichtigsten bildungspolitischen Herausforderungen aufgeführt?

ja teilweise nein

Wenn nein, bitte begründen.

Zwar stellt die SP des Kantons Bern mit Befriedigung fest, dass die strategischen Leitlinien des Regierungsrates in vielen Punkten den bildungspolitischen Zielen der SP entsprechen. Zurecht werden z.B. die Förderung von Lernenden aus bildungsfernen Schichten, die Integration, der Ausgleich zwischen Stadt und Land, die geschlechtergerechte Förderung sowie die Zweisprachigkeit als bildungspolitische Herausforderungen aufgeführt. Auch die Bedeutung der interkantonalen und internationalen Koordination und Kooperation wird erwähnt. Aber die SP nimmt auch die **innerkantonale** Koordination und Kooperation als eine Herausforderung wahr. Insbesondere auf der Sekundarstufe I (z.B. bezüglich Schulmodell) sowie zwischen den Gymnasien im Kanton bestehen Unterschiede, welche die Chancengleichheit und die Mobilität erschweren. Auch in dieser Hinsicht muss der Kanton seine Steuerungsfunktion wahrnehmen, in Anlehnung an das Ziel „Kooperation und Harmonisierung“.

Mit Erstaunen nimmt die SP die einleitende Aussage zur Kenntnis, das Bildungssystem des Kantons Bern zeichne sich durch Durchlässigkeit aus. Diese zu allgemeine Aussage widerspricht der mangelnden Durchlässigkeit auf der Sekundarstufe I.

Konkret schlagen wir folgende Änderungen vor:

- Die Aussage zur Durchlässigkeit ist aufs Berufsbildungssystem zu beschränken.
- Die innerkantonale Harmonisierung auf der Sekundarstufe I sowie zwischen den Gymnasien ist als Herausforderung aufzuführen.
- Eine erhöhte Steuerung mit dem Ziel einer verbesserten innerkantonalen Koordination ist als weitere bildungspolitische Herausforderung aufzunehmen

Haben Sie Bemerkungen zu den einzelnen bildungspolitischen Herausforderungen?

Strategische Leitlinien zur Bildungspolitik

Sind die wichtigsten strategischen Leitlinien Ihrer Meinung nach aufgeführt?

ja teilweise nein

Wenn nein, bitte begründen.

Unter den Stichworten „Durchlässigkeit“, „Schule als Lern- und Lebensort“ und „Steuerungsverantwortung“ müssten drei weitere Leitlinien hinzugefügt werden“.

1. Durchlässigkeit

Durchlässigkeit spielt auch innerhalb einer Schulstufe oder einer Schulklasse eine Rolle und ist eine wichtige Voraussetzung der Integration in der Schule. Entsprechend genügt die Erwähnung der Durchlässigkeit unter dem Stichwort „Übergänge“ nicht.

2. Schule als Lern- und Lebensort

Die „Schule als Lern- und Lebensort“ ist als Leitlinie von zunehmender Bedeutung. Mit dem Ausbau von Tagesschulangeboten wird die Schule ein Ort, wo auch Freizeitaktivitäten integriert werden. Ausserdem werden die pädagogischen Konzepte der Schulen darauf abgestimmt, dass die Schülerinnen und Schüler immer mehr Zeit in der Schule verbringen.

3. Steuerungsverantwortung

Damit eine weitgehend vergleichbare Qualität für alle Bildungsinstitutionen des Kantons gewährleistet werden kann, ist eine konsequente Steuerung nötig. Die entsprechende Verantwortlichkeit ist als weitere strategische Leitlinie zu definieren.

In den strategischen Leitlinien der Bildungspolitik vermisst die SP konkret überprüfbare Ziele. Von den Bildungsinstitutionen wird vermehrt eine Output-orientierte Qualitätssicherung erwartet. Es stellt sich die Frage, ob in der vorliegenden Bildungsstrategie nicht auch Ziele operationalisiert werden müssten, deren Erreichung konkret überprüft werden kann. Es stellt zum Beispiel kein Problem dar messbare Indikatoren für eine verbesserte Chancengleichheit festzulegen.

Haben Sie Bemerkungen zu den einzelnen strategischen Leitlinien?

Unter dem Stichwort „Qualität und Leistung“ sollte eine Ergänzung klarstellen, dass sich Leistung und Leistungsbereitschaft auch auf die Sozialkompetenz beziehen:

Der Kanton fördert eine Pädagogik, welche die Leistung sowie die Leistungsbereitschaft in Bezug auf Sach- und Sozialkompetenz steigert.

Vernetzung der bildungspolitischen Herausforderungen mit den strategischen Leitlinien und den Massnahmen

Was die Vernetzung der bildungspolitischen Herausforderungen mit den strategischen Leitlinien und den Massnahmen anbelangt, ist die SP erfreut, dass der Regierungsrat bereit ist mit konkreten Projekten Verbesserungen einzuleiten. Entscheidend wird aus Sicht der SP sein, ob für die geplanten Änderungen auch genügend finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden. In Bezug auf die Anstellungsbedingungen der Lehrpersonen und die „positiven Impulse“ im „Verhältnis zu den Richtlinien der Regierungspolitik“ (S. 10) ist das verstärkte finanzielle Engagement der öffentlichen Hand aus der Sicht der SP besonders wichtig!

Konkreter Änderungsvorschlag:

S. 9 Tabelle, Zeile 2, rechte Spalte: **Verbesserung** der Anstellungsbedingungen der Lehrpersonen (statt „Überprüfung“).

Bereich Personalpolitik

Ist die Ausgangslage korrekt beschrieben?

Xja teilweise nein

Wenn nein, welche Änderungen schlagen Sie vor?

Sind die wichtigsten Bereichsziele aufgeführt?

X ja teilweise nein

Wenn nein, bitte begründen.

Können die Ziele mit den aufgeführten Projekten und Massnahmen erreicht werden?

ja teilweise X nein

Wenn nein, bitte begründen.

Projekt „Überprüfung der Anstellungsbedingungen...“

Der Regierungsrat hält bei der Beschreibung der Ausgangslage zurecht fest, dass teilweise höhere fachliche und soziale Anforderungen an die Lehrpersonen gestellt werden und dass die Anstellungsbedingungen, insbesondere die Löhne, auch im interkantonalen Vergleich konkurrenzfähig bleiben sollten. Entsprechend sieht die SP den Handlungsbedarf als erwiesen an. Deshalb kann das Ziel nicht mehr eine „Überprüfung“ der Anstellungsbedingungen sein, sondern die Verbesserung. Dadurch nehmen Lehrpersonen und Schulleitungen ihre Arbeit auch als attraktiver wahr.

Konkreter Änderungsvorschlag:

S. 12, Titel im Rahmen: **Verbesserung** der Anstellungsbedingungen der Lehrpersonen (statt „Überprüfung“).

Projekt „Stärkung der Schulleitungen der Volksschule ...“

Anzumerken ist aus der Sicht der SP, dass Schulleitungen einerseits unterstützend und teambildend wirken sollten, aber andererseits auch Entscheidungsträger sind.

Projekt „Stärkung des Berufsbilds und der Entwicklungsmöglichkeiten“

Folgender Satz muss geändert werden: „Das Berufsbild der Lehrpersonen ist ~~zu erhalten und~~ zu stärken.“

Begründung: Das Berufsbild muss gestärkt werden, es muss nicht erhalten werden, da die Lehrpersonen bereits sehr viel an Ansehen verloren haben. Da dies der Qualität der Bildung schadet, ist deshalb das Gewicht auf die Stärkung zu legen.

Allgemeine Bemerkungen, Vorschläge, Kommentare zum Bereich Personalpolitik:

Ein wichtiges Element der Anstellungsbedingungen ist die Weiterbildung. Zunehmend entwickelt sich hier bei den Gemeinden eine unterschiedliche Praxis. Im Rahmen einer Revision der Lehreranstellungsgesetzgebung ist diesem Aspekt Beachtung zu schenken. Der Kanton Bern soll allgemein gültige Rahmenbedingungen für die Finanzierung der Weiterbildung formulieren.

Ein weiteres wichtiges Element der Anstellungsbedingungen ist die Festlegung des Arbeitspensums in einem Beschäftigungsgrad, damit das Pensum für die einzelnen Lehrpersonen individuell zusammengesetzt werden kann. Es müsste möglich werden, dass Lehrpersonen unterschiedliche Aufgabengebiete erhalten und ihr Arbeitspensum nicht allein auf dem Unterrichtspensum aufgebaut wird. Es müsste beispielsweise möglich werden, Lehrpersonen auch vermehrt für Projektarbeiten innerhalb der Schule anzustellen und sie dementsprechend vom Unterricht zu entlasten.

Bei den Anstellungsbedingungen braucht es nicht nur den innerkantonalen Quervergleich mit den Anstellungsbedingungen des Kantonspersonals sondern auch den interkantonalen Vergleich mit den entsprechenden Schulstufen und Ausbildungsgängen. Dies gilt namentlich im Bereiche der Besoldung und der Pflichtpensum.

Besonders in der Berufsbildung gilt es zusätzlich zu bedenken, dass wegen der Zuständigkeit des Bundes für die Berufsbildung sich die Lehrpersonen interkantonal ausrichten und die Harmonisierung auch dementsprechend ausgerichtet sein muss.

Im Rahmen der Revision der Lehreranstellungsgesetzgebung muss geprüft werden, ob nicht auch die Anstellungsbedingungen des Personals der Tagesschulen in der Lehreranstellungsgesetzgebung geregelt werden müssten. Da Tagesschulen als Verbundaufgabe von Kanton und Gemeinden definiert werden, wäre eine kantonale Regelung in der Lehreranstellungsgesetzgebung eine logische Konsequenz und würde auch hier die Entwicklung ganz unterschiedlicher Anstellungsbedingungen verhindern.

Bereich Kindergarten und Volksschule

Ist die Ausgangslage korrekt beschrieben?

ja X teilweise nein

Wenn nein, welche Änderungen schlagen Sie vor?

Die Bildungsstrategie erhebt zurecht den grundsätzlichen Anspruch, dass der Kanton steuernd seine Ziele verfolgt. Es sollte aus der Sicht der SP, wie eingangs erwähnt, eine weitgehende Einheitlichkeit auch innerkantonal angestrebt werden. Es macht wenig Sinn, wenn einerseits im Zeichen von Harnos eine Vereinheitlichung der Volksschulen zwischen den Kantonen erfolgt und andererseits in den Gemeinden des Kantons nach Belieben Basisstufe, Schulsozialarbeit, Mehrjahrgangsklassen und durchlässige bzw. undurchlässige Schulmodelle eingeführt werden. Entsprechend sollten nicht nur „die wesentlichen Inhalte und die strukturellen Eckwerte der obligatorischen Schule zwischen den Kantonen“ sondern auch innerkantonal harmonisiert werden.

Sind die wichtigsten Bereichsziele aufgeführt?

ja X teilweise nein

Wenn nein, bitte begründen.

Bildungsforschung zeigt seit langem auf, dass eine stärkere Individualisierung eines der Hauptziele der Volksschule sein muss. Parallel dazu werden zunehmend Forderungen nach Integration gestellt. Deshalb ist es dringend nötig jahrgangsgemischtem Unterricht und dem Umgang mit Heterogenität mehr Gewicht beizumessen.

Ebenso wichtig ist die Aufnahme von Bereichszielen in Bezug auf die Gleichstellung. Einerseits verlaufen Berufs- und Laufbahnwahl nach wie vor sehr geschlechtsbezogen, andererseits zeichnen sich zwischen Mädchen und Jungen zunehmend Leistungsunterschiede ab. Bei der geschlechtergerechten Förderung besteht dringender Handlungsbedarf. Die Lehrpersonen sind bereits in ihrer Ausbildung vermehrt auf diese Problematik vorzubereiten entsprechend auszubilden. Entsprechend diesen beiden Punkten sind Bereichsziele zu formulieren.

Können die Ziele mit den aufgeführten Projekten und Massnahmen erreicht werden?

ja teilweise X nein

Wenn nein, bitte begründen.

Was die verschiedenen in diesem Bereich präsentierten Projekte anbelangt, hat die SP bei der Art der vorgesehenen Durchführung grundsätzliche Bedenken. Es wird zwar auf den Handlungsbedarf hingewiesen, aber der Regierungsrat beschränkt sich bei den Massnahmen auf die Prüfung des Anliegens oder überlässt den Entscheid weitgehend den Gemeinden.

Im Folgenden gehen wir auf einzelne Projekte konkret ein.

Projekt „Schulversuch Basisstufe“

Die vorgesehene Umsetzung der Basisstufe ist aus unserer Sicht ungenügend. Wir erachten die generelle Einführung der Basisstufe als zweckmässige

Verbesserung für den ganzen Kanton. Es kann nicht angehen, dass beispielsweise Gemeinden mit schwierigen finanziellen Voraussetzungen auf die Basisstufe verzichten, weil sie in Zusammenhang zur neuen Finanzierung der Volksschule (NFV) und zum erhöhten Raumbedarf Mehrausgaben befürchten.

Wir erwarten auch in Bezug auf die Einführung der Basisstufe Einheitlichkeit im ganzen Kanton, denn wir erkennen keine pädagogischen Gründe, weshalb die Ausgestaltung der ersten Jahre der Primarstufe von Gemeinde zu Gemeinde unterschiedlich organisiert werden soll. Damit würde für Eltern und Kinder die Mobilität weiter erschwert, im Widerspruch zu den Grundsätzen der Bildungsstrategie.

Konkreter Änderungsvorschlag: *Die Basisstufe wird im Kanton Bern generell eingeführt und die nötigen Mittel im Finanzplan eingestellt.*

Sprachregionale Lehrpläne

Die SP befürchtet wegen der Erhöhung der Lektionenzahlen um ca. 3% für die Schülerinnen und Schüler, dass sich der Mangel an gut qualifizierten Lehrpersonen verschärfen wird. Wie wird diesem Problem begegnet?

Projekte „PER“ und „Deutschschweizer Lehrplan“

Die SP ist enttäuscht vom geringen Nutzen der Leistungstests im Rahmen von BIVOS im Verhältnis zu den hohen Kosten. Auf der individuellen Ebene blieben die Leistungstests folgenlos und der Grosse Rat war auch nicht bereit, Schulen mit unterdurchschnittlichen Leistungen zusätzlich zu unterstützen (M 09/2007 Standardtests – der Diagnose folgt gezielte Förderung). Fallen solche Massnahmen weg, sind flächendeckende Leistungstests sinnlos und zu teuer. Entsprechend müssen sich die Standardleistungstests im Rahmen von Harmos auf das Systemmonitoring beschränken (stichprobenbasiert). Der Text ist entsprechend anzupassen

Optimierung Sekundarstufe I

Fragwürdig wird sogar Bildungsmonitoring, wenn die Politik nicht bereit ist den wissenschaftlichen Ergebnissen Taten folgen zu lassen: Die Ergebnisse von BIVOS und die *Analyse der strategischen Handlungsfelder aus personalpolitischer Sicht* zeigten einmal mehr, dass die Organisation der Sekundarstufe I aufgrund der stark selektiven Modelle und mangelnder Durchlässigkeit nicht zielführend ist. Trotzdem werden in der vorliegenden Bildungsstrategie 2009 keine wesentlichen Verbesserungen vorgesehen. Es wird lediglich von der Notwendigkeit einer Überprüfung ausgegangen. In den Projektzielen wird auf die „dauernde Selektionssituation“ hingewiesen und „eine Aufwertung der Bildung für Schülerinnen und Schüler mit Realschulniveau“ soll realisiert werden. Diese Absichtserklärungen genügen der SP nicht und wir erwarten konkrete Vorschläge, vor allem nachdem die Motion M 013/2007 („Realklassen - Schülerinnen und Schüler brauchen zusätzliche Unterstützung“) gegen den Willen der SP abgeschrieben wurde. Als Konsequenz des Projektziels „Niveauunterricht für alle Schülerinnen und Schüler“ ist es aus der Sicht der SP zwingend, dass undurchlässige Modelle grundsätzlich ausgeschlossen werden. Wesentlich besser ist aber ein

grundsätzlicher Verzicht auf Selektion (M 316/2008 Volksschule ohne Selektion).

Konkreter Änderungsvorschlag: *Undurchlässige Modelle werden ab 2012 (Gesamtrevision VSG) grundsätzlich ausgeschlossen. Das gemeinsame Unterrichten von leistungsstarken und leistungsschwachen Schülerinnen und Schülern in der gleichen Klasse wird den Gemeinden ab 2012 auch auf der Sekundarstufe I ermöglicht (analog zur Primarstufe). Mittelfristig wird auf die klassenweise Unterteilung in Leistungsstufen im ganzen Kanton verzichtet.*

Finanzierung von Kindergarten und Volksschule

Die SP teilt die Auffassung des Regierungsrates, dass eine Anpassung der Finanzierung an demografische, bildungs- und sozialpolitische Veränderungen zu ermöglichen ist. Aber in Bezug auf den grösseren Handlungsspielraum für die Gemeinden haben wir schwer wiegende Bedenken. Im vorliegenden Text werden Anreize erwähnt, die Gemeinden veranlassen könnten möglichst günstige, aber pädagogisch unbefriedigende Lösungen zu treffen. Der Kanton mit seiner Steuerungsaufgabe im Bildungswesen darf es beispielsweise auf keinen Fall zulassen, dass der Anschaffung eines neuen Feuerwehrautos vor der Einführung der Basisstufe Priorität eingeräumt wird. Wie wir weiter oben bereits erläutert haben, ist auch innerhalb des Kantons eine Vereinheitlichung zwischen den Schulen anzustreben. Die Vielfalt an Modellen auf der Sekundarstufe I, die unterschiedliche Gestaltung der Primarstufe und ungleiche Voraussetzungen für die Schülerinnen und Schüler, was Zusatzangebote anbelangt, sind aus der Sicht der SP nicht zu akzeptieren. Entsprechend möchten wir vom Regierungsrat wissen, wie er mit der Einführung der Neuen Finanzierung Volksschule (NFV) Unterschiede zwischen den Gemeinden bzw. eine weitere Verschlechterung der Chancengleichheit verhindern will.

Gesundheitsförderung und Schulsozialarbeit

Die Umsetzung der Schulsozialarbeit gemäss Projekt ist aus unserer Sicht ungenügend. Die Beschränkung auf Gemeinden mit mittlerer oder hoher Belastung (Sozialindex) ist nicht akzeptabel, da aus den entsprechenden Indikatoren nicht eindeutig auf den Bedarf geschlossen werden kann. Es entspricht dem Konzept der geleiteten Schulen, dass in enger Zusammenarbeit mit den verantwortlichen Gemeindebehörden der Handlungsbedarf geklärt wird.

Konkreter Änderungsvorschlag: *Die Einführung der Schulsozialarbeit erfolgt bei Bedarf. Diesen klären die Schulleitungen in Zusammenarbeit mit den verantwortlichen Gemeindebehörden ab.*

Allgemeine Bemerkungen, Vorschläge, Kommentare zum Bereich Kindergarten und Volksschule:

Fazit: Die vorgesehenen Projekte können den Zielen Vereinheitlichung und Chancengerechtigkeit nicht gerecht werden. Sie SP-Juso erwartet eine komplette Überarbeitung des Bereichs Kindergarten und Volksschule

Bereich Mittelschule, Berufsbildung und Weiterbildung

Ist die Ausgangslage korrekt beschrieben?

ja teilweise nein

Wenn nein, welche Änderungen schlagen Sie vor?

Sind die wichtigsten Bereichsziele aufgeführt?

ja teilweise nein

Wenn nein, bitte begründen.

Anregung, im zweiten Abschnitt den letzten Satz folgendermassen zu ändern:
„Die Qualität der gymnasialen Maturität, der Berufsmaturität, der Fachmaturität und der Berufsabschlüsse sind zu ~~überwachen~~ gewährleisten.“

Die Bildungs- und Abschlussqualität in Mittelschulen und in der Berufsbildung sollen über dem schweizerischen Durchschnitt liegen. Kommentar: Dieses Ziel wurde bereits in der Bildungsstrategie 2005 proklamiert. Damit dieses Ziel realistisch erreicht werden kann, braucht es klar definierte Massnahmen und zusätzliche Ressourcen.

Können die Ziele mit den aufgeführten Projekten und Massnahmen erreicht werden?

ja teilweise nein

Wenn nein, bitte begründen.

Projekte „Take off...“ und „Lehrstellenmarketing“

Die SP begrüsst ausdrücklich das Bestreben des Regierungsrates, Jugendlichen und Erwachsenen mit Schwierigkeiten beim Einstieg ins Berufsleben besondere Unterstützung zu gewähren. Die **Projekte „Take off ...“** und **„Lehrstellenmarketing“** sind sehr wichtig. In Anbetracht der zu erwartenden schwierigen Wirtschaftssituation dürfte der Handlungsbedarf aber noch weiter zunehmen. Entsprechend könnten sich die Kosten bei beiden Projekten stark erhöhen.

Projekt „Brückenangebote“

Die SP teilt den Optimismus des Regierungsrates nicht, dass das Projekt „Take off...“ „zu Einsparungen bei Brückenangeboten“ führen sollte, insbesondere bei einer Weiterführung von stark selektiven und undurchlässigen Schulmodellen. Es gilt beim Projekt „Koordination Brückenangebote“ aus der Sicht der SP anzumerken, dass die hohe Beanspruchung von Brückenangeboten im Kanton Bern in einem statistischen Zusammenhang zu den stark selektiven Schulmodellen steht. Realschülerinnen und Realschüler werden systematisch benachteiligt und sind besonders häufig auf ein 10. Schuljahr angewiesen.

Im letzten Abschnitt ist der letzte Satz: „Die Integration bzw. der Ersatz des Projekts...in Bern werden geprüft“ zu streichen. Es braucht keine zusätzlichen Brückenangebote. Integrative Lösungen innerhalb des bestehenden Angebots sind zu bevorzugen. Detaillösungen gehören nicht in die Bildungsstrategie.

Projekt „Sicherstellung des Übergangs Gymnasien-Hochschulen“

Die SP fragt sich, warum das Erreichen vergleichbarer fachlicher Kompetenzen nicht im Rahmen der Maturitätsabschlüsse überprüft wird, und zwar um sicher zu stellen, dass an die Schülerinnen und Schüler der verschiedenen Gymnasien im Kanton die gleichen Anforderungen gestellt werden. Die kantonale Maturitätskommission hätte die Möglichkeit zumindest in Bezug auf einige grundlegende Fähigkeiten bezüglich Studierfähigkeit eine einheitliche Maturaprüfung durchzuführen. Die SP möchte vom Regierungsrat wissen, warum nicht dieser Weg mit einem entsprechenden Projekt gewählt wird (wenn nötig Anpassung des Mittelschulgesetzes).

Projekt „Evaluation FMS ...“

Solange es Fachmittelschulen für den Nachwuchs im Gesundheitswesen braucht, sollen diese erhalten bleiben. Der Personalnotstand im Gesundheitswesen ist aktuell. Zudem stellen FMS den Zugang zu höheren Fachschulen im Bereich Gesundheit sicher.

Projekte „Erwerb von Basisqualifikationen...“, „Laufbahnplanung am Übergang II“ und „Steuerung der höheren Berufsbildung“

Die SP begrüsst das Bestreben des Regierungsrates stärker zu steuern. Dabei ist die Einflussnahme zu Gunsten der bildungsbenachteiligten Erwachsenen besonders wichtig. Wie weiter oben bereits erwähnt, entsteht wegen der zu erwartenden Wirtschaftssituation ein zusätzlicher Handlungsbedarf mit mehr Erwerbssuchenden. Deshalb befürchten wir, dass die beiden Projekte „Erwerb von Basisqualifikationen durch Weiterbildung“ und „Laufbahnplanung am Übergang II“ die Nachfrage nicht befriedigen können. Entsprechend würden bei einer befriedigenden Umsetzung weit höhere Kosten entstehen, als im Finanzplan eingestellt.

Allgemeine Bemerkungen, Vorschläge, Kommentare zum Bereich Mittelschule, Berufsbildung und Weiterbildung:

Bereich Hochschulen

Ist die Ausgangslage korrekt beschrieben?

X ja teilweise nein

Wenn nein, welche Änderungen schlagen Sie vor?

Sind die wichtigsten Bereichsziele aufgeführt?

X ja teilweise nein

Wenn nein, bitte begründen.

Können die Ziele mit den aufgeführten Projekten und Massnahmen erreicht werden?

ja X teilweise nein

Wenn nein, bitte begründen.

Die SP begrüsst das Bestreben des Regierungsrates, den Kanton Bern als Hochschulstandort zu stärken und dessen Innovationskraft für die Wirtschaft zu verbessern. Aber was die Steuerung durch Leistungsaufträge anbelangt (strategische Führung), sieht die SP einen höheren Bedarf für die Einflussnahme durch den Kanton, als es im vorliegenden Entwurf der Bildungsstrategie vorgesehen ist. Entsprechend der Ziele unter dem Untertitel „Wichtige Umsetzungsvorhaben“ müssten Projekte in der Bildungsstrategie konkretisiert werden. So vermissen wir bei der Universität Bern, den Fachhochschulen und der Haute Ecole Arc eine konsequente Schwerpunktsetzung in Übereinstimmung mit der Wachstumsstrategie Version 2007. Bei der Universität sollten aus unserer Sicht zum Beispiel auch Forschungs- und Beratungsdienstleistungen verstärkt gefördert werden zu Gunsten von Organisationen und der eidgenössischen Verwaltung im „Polizentrum Bern“.

Koordiniert mit der Schwerpunktsetzung bei der Wirtschaftsförderung auf 6 Bereiche (*Telematik, Medizinaltechnik, Präzisionsindustrie, Dienstleistungen, Umwelt- und Energietechnik* sowie *Design*) sollten entsprechend Projekte in Zusammenarbeit mit den Fachhochschulen erarbeitet werden. Das Fehlen von konkreten Projekten bedeutet gleichzeitig, dass für die Erfüllung des Ziels „Erhöhung der Innovationskraft“ auch keine zusätzliche finanzielle Unterstützung vorgesehen ist. Es für die SP nicht nachzuvollziehen, wie die Qualität erhöht und der Wirtschaftsstandort Bern gestärkt werden soll, ohne gleichzeitig die finanziellen Mittel zu erhöhen.

Änderungsvorschlag bez. Bildung und Wirtschaft:

In die Bildungsstrategie sind konkrete Projekte aufzunehmen, welche eine bessere Vernetzung von Bildung und Wirtschaft ermöglichen und „marktfähige oder gesellschaftsrelevante Innovationen“ fördern zu Gunsten der Berner Wirtschaft. Gleichzeitig müssen die dafür nötigen Mittel eingeplant und im Finanzplan eingestellt werden.

Kommentar zu den Zielen für die Pädagogische Hochschule Bern

Die Zulassung von Berufsleuten zur Pädagogischen Hochschule muss verbessert werden. Insbesondere sollen künftig fehlende Qualifikationen studienbegleitend erworben werden können. Dabei ist aber wichtig, dass sich der Kanton Bern dafür einsetzt, dass die Vorgaben der EDK in diesem Sinne angepasst werden.. Zulassungen „sur dossier“ sind richtig, sollten aber nicht nur bei der Lehrerinnen- und Lehrerbildung, sondern generell als Zugang zu den Hochschulen zur Anwendung kommen.

Es ist nachvollziehbar, dass für die 3. bis 6. Klasse Primarstufe die Ausbildung auf Grund der Einführung des Frühfremdsprachenunterrichts überprüft werden muss. Allerdings ist aus Sicht der Praxis eine Generalistenausbildung unbedingt notwendig, um den Bedarf in den Schulen abdecken zu können. Das hat Folgen für die Länge der Ausbildung.

Ebenfalls Handlungsbedarf sehen wir in Bezug auf die Schwerpunktsetzung bei der Ausbildung von Lehrpersonen. Im Zeichen der Individualisierung der Lebensweisen und der zunehmenden Heterogenität der Auszubildenden gilt es

die Lehrpersonen besser auf die Herausforderung Heterogenität vorzubereiten. Basisstufe, jahrgangsgemischte Klassen und der Abschied von der Illusion der Leistungshomogenität bedingen die gezielte Vorbereitung der Lehrpersonen. Diesem Anliegen wurde aus der Sicht der SP bisher zu wenig Beachtung geschenkt. Deshalb sollte in der Bildungsstrategie aufgenommen werden, dass der Regierungsrat im Rahmen des Leistungsauftrags die Pädagogische Hochschule zu einer Schwerpunktsetzung verpflichtet, welche die Vorbereitung auf den Umgang mit heterogenen und /oder jahrgangsgemischten Verhältnissen optimiert.

Wie oben schon angetönt muss auch die geschlechtergerechte Förderung der Knaben und Mädchen besser in der Ausbildung verankert sein.

Die Forderung nach einer Generalistenausbildung und eine bessere Vorbereitung auf die Herausforderung „Heterogenität“ bedingen aber für die Ausbildung mehr Zeit. Deshalb muss die Ausbildung verlängert und ein Masterabschluss angestrebt werden.

Allgemeine Bemerkungen, Vorschläge, Kommentare zum Bereich Hochschulen:

Die Revision des Universitätsgesetzes soll gemäss dem vorliegenden Text die Autonomie in den Bereichen Personal, Finanzen und Organisation stärken. Die SP fragt sich, ob dieses Anliegen nicht analog für die Fachhochschulen und die Pädagogische Hochschule umgesetzt werden sollte und bittet den Regierungsrat entsprechende Überlegungen in die Bildungsstrategie 2009 einzubeziehen.

Gleichzeitig muss aber mittels Leistungsauftrag die strategische Steuerung verbessert werden.

Bereich Bildung und Kultur

Ist die Ausgangslage korrekt beschrieben?

ja teilweise nein

Wenn nein, welche Änderungen schlagen Sie vor?

Sind die wichtigsten Bereichsziele aufgeführt?

ja teilweise nein

Wenn nein, bitte begründen.

Können die Ziele mit den aufgeführten Projekten und Massnahmen erreicht werden?

ja teilweise nein

Wenn nein, bitte begründen.

Die SP begrüsst das Bestreben des Regierungsrates die Bedeutung der künstlerisch-musischen Fächer und der Kulturvermittlung in den Volks- und Mittelschulen zu stärken. Abgesehen vom Projekt „Bildung und Kultur“ ist es aus der

Sicht der SP wichtig, dass dem Unterricht in den künstlerisch-musischen Fächern an Volks- und Mittelschulen wieder mehr Gewicht eingeräumt wird, und zwar im Ausgleich zu den gesellschaftlichen Tendenzen Bildung auf wenige messbare Kompetenzen zu reduzieren. Dazu müssten weitere Projekte geplant werden.

Allgemeine Bemerkungen, Vorschläge, Kommentare zum Bereich Bildung und Kultur:

Allgemeine Rückmeldungen zum gesamten Bericht

Ist der rote Faden der Bildungspolitik mit dem vorliegenden Bericht erkennbar?

ja teilweise nein

Geben Sie eine kurze Begründung:

Ist eine Priorisierung der aufgeführten Massnahmen/Projekte nötig?

ja nein

Die in der Strategie aufgeführten Projekte und Massnahmen sind in den verschiedenen Bereichen gleichermassen notwendig.

Es dürfen nicht Massnahmen im einen Bereich auf Kosten anderer priorisiert werden. Insgesamt ist sehr wichtig, dass die Bildungsgrundlagen als wichtiges Fundament im Kindergarten und in der Volksschule gelegt werden.

Wenn ja, in welchem Bereich / in welchen Bereichen?

Personalpolitik

Welche Priorisierung? Bitte kurz begründen.

Kindergarten und Volksschule

Welche Priorisierung? Bitte kurz begründen.

Mittelschule, Berufsbildung, Weiterbildung

Welche Priorisierung? Bitte kurz begründen.

Hochschulen

Welche Priorisierung? Bitte kurz begründen.

Rechtfertigen aus Ihrer Sicht die Projekte/Massnahmen die aufgezeigten finanziellen Mehrausgaben für den Kanton Bern (Tabelle S. 44)?

ja teilweise nein

Wenn nein, bei welchen Massnahmen ist dies nicht der Fall?

Geben Sie eine kurze Begründung:

Nicht nur rechtfertigen sie die Mehrausgaben, vielmehr müssten weitere Mittel für zahlreiche Projekte im Finanzplan eingestellt werden.

Ist der Bericht verständlich formuliert?
X ja teilweise nein

Geben Sie eine kurze Begründung:

Was Sie sonst noch sagen möchten....

Unbefriedigend ist, dass das Stellungnahmeformular nicht in einem benutzerfreundlichen Format wie z.B. Word zur Verfügung gestellt wird. Wir nehmen nicht an, dass die Erziehungsdirektion handschriftlich ausgefüllte Formulare erwartet.

Auf Grund neuester Erkenntnisse ist klar, dass Bildung und Förderung bereits im Vorschulbereich beginnen müssen. Es ist zu überprüfen, inwiefern der Kanton bereits Ziele und Massnahmen in der Frühförderung festlegen und in die Bildungsstrategie aufnehmen müsste. Dabei geht es um zwei gleichwertige Zielsetzungen: Die Förderung der Entwicklung von Kindern zwischen null und vier Jahren und die Förderung der Erziehungskompetenzen von Eltern.

Wir bitten Sie um Kenntnisnahme und danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen bei der Weiterbearbeitung der Bildungsstrategie 2009 zum voraus bestens.

Freundliche Grüsse
Sozialdemokratische Partei des Kantons Bern

Irène Marti Anliker
Präsidentin

Angelika Neuhaus
Parteisekretärin